

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/110

13. Juni 1977

Europa als Friedensmacht

Die Außenpolitik in der Wahlplattform der Sozialdemokratischen Parteien in der EG

Von Bruno Friedrich

SPD-Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik in der Programmkommission des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Mehr Bürgernähe für Europa

Kommunalpolitiker sind ständiger Motor der europäischen Einigung

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Bundestagsvizepräsident und Vizepräsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Von Wilhelm Drüscher zu Hans Schweitzer

Wichtige Weichenstellungen auf dem Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz

Von Herbert Barmeltinger

Sprecher des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der rheinland-pfälzischen SPD

Seite 5 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 3-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 93 86/38
Telex: 08 85 888-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Europa als Friedensmacht

Die Außenpolitik in der Wahlplattform der Sozialdemokratischen Parteien in der EG

Von Bruno Friedrich

SPD-Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik in der
Programmkommission des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der
Europäischen Gemeinschaft

Der nun vorliegende Entwurf für die Wahlplattform des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft hat zum erstmaligen gemeinsame Prinzipien für eine Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft formuliert.

Dabei mußte die Programmkommission drei problematische Ausgangspositionen überwinden. Sicher hat Europa inzwischen begriffen, daß seine in zwei Weltkriegen verlorene, aus starken Nationalstaaten erwachsene Führungsposition in der Welt nie wiederkehren wird, aber diese Einsicht hat noch nicht ein entschiedenes Umdenken in Richtung einer gemeinsam zu formulierenden Außenpolitik bewirkt.

Die Anfangsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war geprägt von einer fast ausschließlich auf die inneren Beziehungen konzentrierten Aktivität. Es gab und gibt noch in einzelnen Nationalstaaten starke Widerstände gegen eine gemeinsame Außenpolitik. Sie werden aber zunehmend zurückgedrängt durch den Zwang, sich neben den Großmächten und gegenüber der Dritten Welt als gewichtigen Faktor der Weltpolitik darzustellen und durchzusetzen. Die sich abzeichnenden Grenzen der Römischen Verträge in den Fragen der Harmonisierung der Währung und der Harmonisierung des Arbeitsmarktes - vor allem im Zusammenhang mit neuen Beitrittswünschen aus dem Mittelmeerraum - verlagern zudem die Gewichte in Richtung Außenpolitik.

Zum Dritten mußte sich die Programmkommission der Tatsache stellen, daß die nationale Verteidigungsstrategie Frankreichs seit de Gaulle nicht voll und ganz in das atlantische Bündnis integriert ist. Die aus den genannten drei Schwierigkeiten herkommende Gefahr eines Minimalprogramms, in dem man sich auf den jeweils kleinsten Nenner verständigt, wurde bei der Formulierung des Programms vermieden.

Das Kapitel "Außenpolitik" der Wahlplattform ist in drei Abschnitte gegliedert:

I/ Europa als Gleichgewichtsfaktor in den internationalen Beziehungen.

Dieser Abschnitt befaßt sich mit den Beziehungen zu den Großmächten USA und Sowjetunion, er unterstreicht den Anspruch der Gemeinschaft, sich den Großmächten gegenüber "als eigene souveräne politische Persönlichkeit (zu) behaupten". Die Zusammenarbeit mit den USA sei vor allem durch gemeinsame Sicherheitsinteressen und durch den Willen zur gemeinsamen Lösung der Probleme der Dritten Welt geprägt. Die europäische Einigung dürfe auch nicht als gegen Osteuropa gerichtet verstanden werden; für die Verbesserung der Beziehungen zu Osteuropa sei die

KSZE-Schlußakte ein entscheidendes Instrument. Ferner soll die Gemeinschaft ihre Beziehungen zu den Ländern des Westens verstärken, die nicht EG-Mitglied sind.

II/ Europa als Faktor der Entspannung.

Es ist das Ziel des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien, Europa als Friedensmacht zu entwickeln. Dies hat die endgültige Ablösung der Konfrontation durch eine Periode der Kooperation und die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts zur Voraussetzung. Die sich als neutral oder blockfrei verstehenden Staaten sollen bewußt und mit dem Ziel der Garantie ihrer Unversehrtheit in die Entspannungspolitik einbezogen werden. Die Bereitschaft wird erklärt, einen europäischen Beitrag für eine dauernde Friedensregelung im Nahen Osten zu leisten.

III/ Europa als Solidaritätsfaktor.

Der dritte umfangreichste und höchst konkrete Abschnitt des Kapitels "Außenpolitik" formuliert die Ziele der künftigen Nord-Süd-Beziehungen, deren Verwirklichung als Hauptaufgabe der nächsten Jahrzehnte bezeichnet wird. Bisher gibt es kein Beispiel, daß zwischen nationalen Parteien gleicher ideologischer Orientierung eine so klare Aussage über Entwicklungshilfe erreicht werden konnte. Gegenüber den Konservativen, den Liberalen, aber auch verglichen mit den Kommunisten ist den sozialdemokratischen Parteien Europas des Bundes die bisher überzeugendste Aussage über die Pflicht der hochindustrialisierten Länder zur Solidarität mit der Dritten Welt gelungen.

Daß es zum erstenmal möglich war, europäische Außenpolitik als gemeinsamen Auftrag mit klaren Aussagen und Zielvorstellungen zu definieren, war nur dank eines starken Engagements aller Parteien und dank ihres Willens möglich, nicht mit einem Minimalprogramm vor die europäischen Wähler zu treten. Es gab bei unstrittenen Positionen in keinem einzigen Punkt das Überstimmen einer einzigen Partei durch die Mehrheit.

Deshalb ist auch der in dieser Woche in einem Nachrichtenmagazin erschienene Bericht irrig, in dem, verfälschend und fälschlicherweise, von einem deutsch-französischen Konflikt bei den Programmberatungen berichtet wird. Die dabei eingeführten Positionen sind schon deshalb nicht verwendbar, weil z.B. jener, von dem sie stammen sollen, z.B. der französische Sozialist Pontillon, bei der genannten Sitzung nicht anwesend war. Gerade zwischen den französischen Sozialisten und den deutschen Sozialdemokraten hat sich durch die Zusammenarbeit in der Programmkommission eine hervorragend sachliche und persönliche Zusammenarbeit entwickelt.

Für eine gemeinsame europäische Außenpolitik ist die weitgehende Übereinstimmung der französischen Sozialisten und deutschen Sozialdemokraten ein stabilisierender Faktor. Diese bilaterale Annäherung auf der Grundlage des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien Europas ist ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis der Arbeit an dem nun vorliegenden Entwurf der Wahlplattform.

(-/13.6.1977/ks/10)

+ + +

Mehr Bürgernähe für Europa

Kommunalpolitiker sind ständiger Motor der europäischen Einigung

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Bundestagsvizepräsident und Vizepräsident der Deutschen Sektion
des Rates der Gemeinden Europas

Auch der XII. Europäische Gemeindetag, der vom 8. bis 11. Juni in Lausanne stattfand, bewies, wie sehr die Kommunalpolitiker ständiger Motor der europäischen Einigung sind. Die mehr als 1.700 Delegierten aus 13 Ländern, die im Palais Beaulieu versammelt waren, führten nicht nur "farbige" Diskussionen mit italienischen oder französischen Kommunisten, sie stellten auch deren interne Widersprüche fest. Mit Verve setzten sie sich dafür ein, so wie sie es auch in Zeiten der Windflaute in Europa getan hatten, die Einigung Europas schneller voranzutreiben.

In Lausanne bekräftigten die versammelten Vertreter der Gemeinden und Regionen Europas daher, wie sehr sie die Bestellung des Europäischen Parlaments in direkter, allgemeiner Wahl als ein Element zur Demokratisierung des Aufbaus Europas ansehen. "Der Rat der Gemeinden Europas wünscht", so formulierten sie eine Resolution, "daß die Kampagne für die Wahl des Europäischen Parlaments Gelegenheit zu einer grundlegenden Debatte über die Probleme bieten möge, die die wesentlichen Themen des Interesses und der Beunruhigung unserer Mitbürger darstellen: Arbeitslosigkeit, Inflation, Währungsunruhen, soziale, regionale und weltweite Ungleichheiten, Naturschutz und Lebensraum, die gegenseitige Anerkennung der Diplome, die Kontrolle der multinationalen Gesellschaften, die Zusammenarbeit mit den Nichtmitgliedstaaten, die Erweiterungsaussichten der Gemeinschaften, die Ausweitung der Demokratie und die Konsolidierung der Entspannung".

Von einem direkt gewählten Europäischen Parlament erwarten die europäischen Kommunalpolitiker Lösungen zu diesen Problemen und Aufforderungen an die nationalen Regierungen, entsprechend zu handeln. Dazu seien für das Parlament entsprechende Kompetenzen erforderlich, "um eine solche auf effektiver

Solidarität und auf einer ausgewogenen Entwicklung der Gemeinschaften aufgebauete Politik fortführen zu können".

Auf zwei Probleme wurde in Kreisen der deutschen Delegierten in diesem Zusammenhang besonders verwiesen: Die deutschen Kommunalpolitiker erwarten das passive Wahlrecht für die europäischen Wahlen auch für die kommunalen Mandatsträger und sie treten dafür ein, daß für die Direktwahlen eine Regelung gefunden wird, die es den Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten, die sich in anderen Ländern aufhalten, durch nationale Wahlgesetze ermöglicht, an den europäischen Direktwahlen teilzunehmen.

"Mehr Bürgernähe auch im künftigen Europa" war das zweite Generalthema der Lausanner Tage. Dazu forderten die Delegierten eine Stärkung der lokalen Demokratie und einigten sich darauf, für die nächste Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden Europas, die in zwei Jahren in Den Haag stattfinden wird, ein Aktionsprogramm über die Beteiligung der Bürger auszuarbeiten.

Schwerpunkte dieses europäischen Programmes sollen sein: die Mitbeteiligung an der Entscheidungsgewalt, die Schaffung von Bedingungen für eine größere Wahlbeteiligung, die Demokratisierung des Zugangs zu den lokalen öffentlichen Ämtern, die verbesserte Information, die Staatsbürgerkunde, die Konsultation der Bürger, das Rekursrecht, die Dezentralisierung in den städtischen Ballungsräumen. Hier einheitliche oder jedenfalls mehr synchronisierte europäische Übereinstimmungen zu erarbeiten, wäre ein besonderes Verdienst der europäischen lokalen und regionalen Körperschaften.

Auch die deutsche Sektion, unter Leitung von Bundesminister und Generalsekretärs Dr. Storsberg und der verdienstvollen Arbeit des Mainzer Bürgermeisters Dr. Hofmann, die in Lausanne als homogene und einflußreiche Gruppe für den europäischen Gedanken stritt, wird sich in diesem und im nächsten Jahr massiv dafür einsetzen, daß diese Prinzipien Schritt für Schritt verwirklicht werden, und sie wird vor allem das Interesse an der Europäischen Direktwahl stärken, damit "jeder Bürger sich für den Erfolg der Einigung Europas mitverantwortlich fühlt".

(-/13.6.1977/ks/ lo)

+ + +

Von Wilhelm Dröscher zu Hans Schweitzer

Wichtige Weichenstellungen auf dem Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der
rheinland-pfälzischen SPD

Mit der klaren Mehrheit von rund 70 Prozent der Delegiertenstimmen hat der Landesparteitag der rheinland-pfälzischen SPD am Wochenende den 56 Jahre alten Gewerkschaftsführer Hans Schweitzer als Nachfolger von Bundesschatzmeister Wilhelm Dröscher zum Landesvorsitzenden der SPD in Rheinland-Pfalz gewählt. Wilhelm Dröscher hatte wegen seiner Bonner und seiner europäischen Verpflichtungen nicht mehr kandidiert. Der Übergang von Wilhelm Dröscher zu Hans Schweitzer erfolgte naht- und problemlos. Einmal, weil Schweitzer Dröschers "Wunschkandidat" war, (auch im Vorsitz des SPD-Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau), aber auch und vor allem deshalb, weil die Kandidatur von allen drei Bezirken in Rheinland-Pfalz getragen war, also auch von Rheinhessen und der Pfalz.

Mit Schweitzer tritt zwar ein typischer Arbeitnehmervertreter an die Spitze der Landespartei (Schweitzer steht nicht nur der IG Chemie, Papier, Keramik in Rheinland-Pfalz und dem Saarland vor, er ist auch stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen bis zum Saarbrücker AfA-Kongreß in dieser Woche), aber sein Ansehen und sein politisches Gewicht ist keineswegs auf die Arbeitnehmerschaft beschränkt. Er gilt als hervorragender Organisator, als ein harter, aber fairer und gleichzeitig besonnener Verhandlungspartner. Auch seine Kontrahenten in den Tarifrunden der chemischen Industrie räumen das nicht nur hinter vorgehaltener Hand ein. Schweitzer ist aber auch "gestandener" Landespolitiker: Er war früher stellvertretender Fraktionsvorsitzender, er ist seit Jahren in überzeugender Weise Vorsitzender des wichtigen Landtagsausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport. Er war stets ein ebenbürtiger Kontrahent des Mainzer Sozialministers und jetzigen CDU-Generalsekretärs Geissler, er wird fachlich fraglos ein überlegener Gegenspieler sein des künftigen Sozialministers in Mainz, des jetzigen CDU-MdB und Kulturpolitikers Dr. Georg Gölder.

Zentrale Aufgabe des neuen Landesvorsitzenden ist jetzt die Vorbereitung des bereits für das Frühjahr 1978 terminierten außerordentlichen Parteitages. Denn ein Jahr später finden bereits rheinland-pfälzische Landtagswahlen statt, bei der die SPD erneut versuchen wird, gemeinsam mit der FDP die Mehrheit der CDU zu brechen. Deshalb muß die Landespartei, der die Bezirke wichtige Rechte abgetreten haben, in relativ kurzer Zeit schlagkräftiger gemacht werden, so etwa durch die Berufung eines hauptamtlichen Landesgeschäftsführers. Und dann muß bis zum Frühjahr 1978 auch Klarheit über den Spitzenkandidaten bestehen. Daß Klaus von Dohnanyi bei der Wahl in den rheinland-pfälzischen Landesvorstand die weitaus meisten Stimmen erhalten hat, bedeutet zwar noch keine Festlegung auf ihn, aber mit Sicherheit einen unübersehbaren Vertrauensbeweis. Hans Schweitzer strebt für die Darstellung der Partei bei der Landtagswahl eine Dreier-Spitze an: Landesvorsitzender, Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat. Daß hier der nicht nur in der auswärtigen Politik, sondern auch in der Wirtschafts- und Bildungspolitik erfahrene Staatsminister eine gute Figur abgeben könnte, haben nicht nur die Delegierten, sondern auch journalistische Beobachter des Landesparteitages empfunden.

(-/13.6.1977/ks/ ca)